

Brutalste Gewalt gegen Menschen

Das »Schwarzbuch Pushbacks« dokumentiert die furchtbaren Zustände an den Außengrenzen der EU

FABIAN LAMBECK, BRÜSSEL

Allein der Umfang dieses Werks ist erschreckend. Das am Donnerstag in Brüssel veröffentlichte »Schwarzbuch Pushbacks« umfasst vier dicke Bände. Auf mehr als 3600 Seiten kommen hier rund 1600 Betroffene zu Wort und berichten, wie sie geschlagen, getreten, gedemütigt und willkürlich festgehalten wurden, bevor man sie illegal über eine Grenze zurückschob. Diese Vorfälle ereigneten sich nicht etwa in arabischen Folterstaaten, sondern an den Außengrenzen der EU, teilweise auch in den Mitgliedsstaaten selbst. Da wurden Migrant*innen ohne Schwimmwesten von der griechischen Küstenwache in Schlauchboote verfrachtet und auf hoher See ausgesetzt. Kroatische Grenzbeamte schossen zwei zwölfjährigen Geflüchteten ins Gesicht. Immer wieder wurden Menschen, die in der EU Asyl suchten, gewaltsam abgeschoben, bevor sie einen Antrag stellen konnten. Zusammengetragen wurden die Vorfälle vom Border Violence Monitoring Network (BVMN), einem Zusammenschluss von 40 NGOs, die europaweit Geflüchtete unterstützen und gewalttätige Übergriffe dokumentieren.

Es ist bereits die zweite Auflage. Die erste erschien 2020 und umfasste nur zwei Bände. »Das zeigt doch, wie sehr sich die Situation an den Außengrenzen verschlechtert hat«, erklärt Hope Barker vom BVMN-Netzwerk. Ein wichtiger Grund dafür seien die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die so erzwungene Abwesenheit der NGOs habe »zu einem beispiellosen Anstieg brutaler Gewalt gegen Menschen geführt«. Laut Schwarzbuch hätten Grenzschutzbeamte*innen in 13 Ländern damit begonnen, »grausame Abschreckungstaktiken anzuwenden, wie zum Beispiel Schläge, Rasieren der Köpfe, erzwungenes Entkleiden, sexuelle Übergriffe und Hundeangriffe«.

Die EU-Parlamentarierin Conny Ernst (Die Linke) ist sich sicher: »Das sind keine vereinzelt Vorfälle.« Ernst und ihre Fraktion haben die Veröffentlichung des Schwarzbuchs unterstützt. »Die unglaubliche Fülle an Grausamkeiten, die hier dokumentiert sind, lässt keinen Zweifel daran: Diese unmenschliche Behandlung von Geflüchteten hat System«, glaubt Ernst.

Bereits die erste Auflage des Schwarzbuchs vor zwei Jahren hatte weite Kreise gezogen. Kopien landeten auf den Tischen von Minister*innen, Bürgermeister*innen und Parlamentarier*innen. »Doch trotz der erdrückenden Beweise hat es bislang kein Vertragsverletzungsverfahren gegen EU-Staaten gegeben, die illegale Pushbacks durchführen«, unterstreicht Ernst. Es wäre Aufgabe der EU-Kommission, solche Verfahren zu starten. Doch Brüssel blieb bislang untätig, ebenso wie die EU-Grenzschutzagentur Frontex, deren Beamte*innen oft anwesend sind, wenn Pushbacks erfolgen.

Dies zeigt ein Bericht der EU-Antikorruptionsbehörde Olaf aus dem April. Demnach haben führende Frontex-Beamte ein System der Verschleierung aufgebaut, um die Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen zu vertuschen. Obwohl die EU-Behörde selbst zahlreiche Fälle dokumentierte, in denen etwa griechische und maltesische Behörden Geflüchtete auf offener See aussetzten, hatte das keine Folgen für Athen und Valletta.

Dass sich die Situation an den Außengrenzen verbessern könnte, glaubt niemand. Im Gegenteil: Auf dem EU-Westbalkan-Gipfel, der in dieser Woche im albanischen Tirana stattfand, war Migration ein großes Thema. Die EU-Vertreter mach-



Um Migranten an der Einreise ins Zentrum der Europäischen Union zu hindern, kommt es an den Außengrenzen regelmäßig zu schweren Menschenrechtsverletzungen.

ten deutlich, dass die Beitrittsperspektiven für Staaten wie Bosnien-Herzegowina oder Nordmazedonien von der Bekämpfung der illegalen Migration abhängig seien. So sollen die Staaten des Westbalkans Geflüchtete zurücknehmen, wenn diese über deren Landesgrenze in die EU gelangt sind. Während die Länder des Westbalkans so zu Komplizen des EU-Grenzregimes gemacht werden, belohnt man Kroatien für seine »eklatanten Menschenrechtsverletzungen«, wie die Kroatin Milena Zajović vom Border Violence Monitoring Network kritisiert. Die Adria-republik erhielt am Donnerstag grünes

»Mit mehr als 25 000 Pushbacks pro Jahr ist Kroatien der Champion.«

Milena Zajović
Border Violence Monitoring Network

Licht für den ungehinderten Zugang zum Schengen-Raum. Zajović, die das Schwarzbuch als Herausgeberin verantwortet, verweist auf einen interessanten Aspekt: »Mit mehr als 25 000 Pushbacks pro Jahr ist Kroatien der Champion.« So habe sich das Land für den Schengen-Raum qualifiziert.

Denn gleichzeitig verweigerte man Rumänien und Bulgarien den vollständigen Zugang. Hier blockiert unter anderem Österreich, weil laut Bundeskanzler Karl Nehammer zu viele »unregistrierte Migranten« über beide Länder nach Österreich kämen. Wer also keine systematischen Pushbacks

vornimmt, wird auch kein Clubmitglied – so die klare Botschaft an beide Aspiranten.

Conny Ernst verweist auf die Mitverantwortung der Bundesrepublik. »Letztendlich machen Staaten wie Kroatien, Malta oder Griechenland die dreckige Arbeit für Deutschland.« Tatsächlich wollten viele Migrant*innen in die reicheren EU-Staaten, sei es, weil die Perspektiven besser seien oder weil dort bereits Verwandte lebten. »Auch deshalb schweigt Deutschland im EU-Rat und setzt sich nicht dafür ein, dass es eine verbindliche Verteilung von Geflüchteten in der EU gibt«, so Ernsts Fazit.

Geflüchtete verloren im Niemandsland

Mehr Tote, Kranke und Vermisste an der östlichen EU-Außengrenze

PEGGY LOHSE

Es hat sich kaum etwas verändert an der östlichen EU-Außengrenze in Polen und Litauen zu Belarus seit dem Herbst 2021. Nur die Zahlen sind gesunken und der mauerstarke Grenzzaun erschwert die Querung. Für Oktober 2022 meldete der polnische Grenzschutz 2539 Versuche, ohne gültige Aufenthaltspapiere aus Belarus nach Polen zu kommen. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es rund siebenmal mehr. Doch die Zahlen steigen wieder, auch die der Vermissten und Toten. Darum haben Aktivist*innen am 5. Dezember zu einem Online-Briefing geladen, wo ihre Expert*innen von humanitären, medizinischen und juristischen Entwicklungen vor Ort berichteten.

Aleksandra Loboda von der polnischen Grupa Granica (Gruppe Grenze) berich-

tet, ihre Nichtregierungsorganisation habe seit Juli 2021 Hilfefragen von insgesamt 13 500 Personen bekommen, die im Grenzgebiet zwischen Belarus und Polen feststeckten. Die meisten Menschen stammten aus Kriegsgebieten in Syrien, Jemen, Irak – hätten also gute Bleibeaussichten in Asylverfahren. 1104 Anfragen erhielten sie allein seit September 2022. 200 Fälle von Pushbacks, gewaltsamen Rückführungen, wurden dokumentiert.

Insgesamt 28 Todesfälle seien bestätigt: Zuletzt wurde der 21-jährige Siddig Musa Hamid Eisa aus dem Jemen tot aus einem Grenzfluss geborgen. Er wurde zur Zeit des Briefings auf dem muslimischen Friedhof in Bohoniki beerdigt. Magdalena Luczak, Vermissten-Koordinatorin bei Grupa Granica, ergänzt: Bis Ende November 2022 seien insgesamt 246 Personen vermisst gemeldet worden, 61 wurden gefunden.

Der Grenzzaun, so Loboda, habe nichts verbessert. »Die Militarisierung der Lage hier führt zur Entmenschlichung und damit zu mehr Gewalt«, sagt Loboda. Die Menschen würden auf belarussischer Seite weiter geschlagen und gen Polen geschickt. Wenn sie nicht über den Stacheldrahtzaun kletterten, versuchten sie nun die Grenze über Gewässer zu queren – schwimmen durch Flüsse oder waten durch unwegsames Sumpfbereich. Der polnische Grenzschutz sichtet solche Gruppen oft per Drohne, holt sie teils mit Hubschraubern aus den Wäldern, um sie letztlich doch wieder nach Belarus zu bringen. Erst gestern habe eine Person mit gebrochenem Bein um Hilfe gebeten. »Als wir ankamen, hatten Uniformierte die Person schon per Pushback nach Belarus zurückgebracht.«

Paulina Brownik ist eine Notfallärztin, die die Grupa Granica unterstützt. Sie bestä-

tigt: Neben Erfrierungen, Muskelschmerzen und Infektionen behandle sie immer wieder Wunden von Stacheldraht, Schlägen und Hundebissen. »Diese Behandlungen im Wald sind sehr schwer«, so Brownik. »Die Ausstattung ist schlecht. Wegen drohender Pushbacks müssen wir Acht geben, dass der Grenzschutz nicht aufmerksam wird. Den Notarzt will nie jemand rufen. Psychische Beschwerden können wir nicht lindern, weil wir im Wald keine starken Psychopharmaka geben können.«

Die rechtswidrigen Pushbacks haben mittlerweile sowohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg als auch polnische Gerichte verurteilt. Allerdings ohne Konsequenzen für die Praxis, berichtet Marta Gorczynska von der Helsinki-Stiftung für Menschenrechte. »Diese Pushbacks finden gruppenweise statt, ohne individuelle Fall-

prüfung, Asyl-Anträge werden wie Sicherheits- und Gesundheitsrisiken ignoriert«, so Gorczynska. »Pushbacks werden von den polnischen Behörden akzeptiert. Wir können nur Beamte unterstützen, die sich solchen rechtswidrigen Befehlen widersetzen. Das tun wir mit Rechtsbeistand bei Disziplinarverfahren.«

Auch in Litauen sei die Lage nicht besser, berichtet Rita Skriaidaitė von der Sienos-Gruppe dort. »Seit September haben wir 70 Hilfefragen bekommen, 40-mal konnten wir helfen. Aber zwei junge Männer, 20 und 21 Jahre, aus Sri Lanka wurden sogar trotz amputierter Beine wieder nach Belarus gebracht. Selbst wenn die Menschen wollen, sie bekommen keine Chance, Asyl zu beantragen«, so Skriaidaitė. »Der Grenzzaun und die Berichte über Aufnahmezentren sind nur ein Schlaflied für die Bevölkerung, damit sie sich nicht mehr interessieren.«